STADT SANKT AUGUSTIN

DER BÜRGERMEISTER

Dienststelle/Aktenzeichen: Fachbereich 5 / Kinder, Jugend und Schule

Sitzungsvorlage

Datum: 24.04.2003

Drucksache Nr.: **03/0083**

öffentlich

Beratungsfolge: Jugendhilfeausschuss
Schulausschuss
Rat

Sitzungstermin: 25.03.2003
13.05.2003
21.05.2003

Betreff:

Offene Ganztagschule im Primarbereich

Beschlussvorschlag:

1. Der Jugendhilfeausschuss/Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.
2. Der Jugendhilfeausschuss/Schulausschuss beauftragt die Verwaltung mit allen beteiligten Akteuren ein Konzept zur Realisierung der offenen Ganztagschule im Primarbereich für das Schuljahr 2004/2005 zu entwickeln, das die Konsequenzen für die bereits bestehenden Angebote und die finanziellen Auswirkungen überprüft.
3. Um bereits erste praktische Erfahrungen sammeln zu können, wird die Verwaltung beauftragt, die Errichtung einer offenen Ganztagschule an der Gemeinschaftsgrundschule Sankt Augustin-Ort unter folgenden Voraussetzungen bereits für das Schuljahr 2003/2004 zu beantragen:
 - a) Die Errichtung der offenen Ganztagsgrundschule erfolgt in gemeinsamer Verantwortung von Schule und Schulträger.
 - b) Mit den bisherigen Kooperationspartnern bei der Gestaltung der Maßnahme „Schule von acht bis eins“ wird ein Kooperationsvertrag geschlossen.
 - c) Die Errichtung der Ganztagsgrundschule darf zu keinen Mehrkosten und nicht zu zusätzlichen Schuldendiensteleistungen führen.
 - d) Zum Schuljahr 2003/2004 werden keine Horte bzw. Schulkinderhäuser geschlossen.

Problembeschreibung/Begründung:

1. Die Landesregierung beabsichtigt mit Beginn des Schuljahres 2003/2004 auf freiwilliger Basis den Ausbau offener Ganztagschulen im Primarbereich zu fördern. Diese Entwicklung soll bis 2007 soweit abgeschlossen sein, dass für etwa $\frac{1}{4}$ aller Grundschüler dieses Betreuungsangebot zur Verfügung steht. Rechtsgrundlagen bildet der Erlass des Ministeriums für Schule, Jugend und Kinder zur offenen Ganztagschule im Primarbereich sowie die Förderrichtlinien (Zuwendungen für die Durchführung außerunterrichtlicher Angebote offener Ganztagschulen im Primarbereich).

Über das Konzept und die möglichen Konsequenzen informiert ausführlich der als Anlage beigefügte Vermerk.

2. Das Konzept der offenen Ganztagsgrundschule wird in seiner Zielrichtung vielerorts begrüßt, hinsichtlich seiner Ausstattung aber kritisch gesehen. Der Städte- und Gemeindebund als kommunaler Spitzenverband kritisiert in einer Entschließung des Präsidiums vom 6.2.2003 vor allem, dass

- es beim Ausbau der schulischen Angebote nicht allein um die Schaffung weiterer Betreuungsplätze gehen darf, vielmehr ein einheitliches pädagogisches Konzept erforderlich ist,
- die Gesamtverantwortung für ein pädagogisches Konzept als Teil der inneren Schulangelegenheit beim Land liegen muss und dort auch die zur Umsetzung des Konzeptes erforderlichen personellen Ressourcen vollständig und dauerhaft zu finanzieren sind.

Gleichwohl, so auch das Präsidium des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen, biete das neue Konzept auch Chancen für eine bessere Gestaltung von Schulen und eine intensivere Förderung von Kindern,

- durch die Ausdehnung der Betreuung und Förderung (und Bildung) auf den Nachmittag,
- eine geregelte Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schulen, verbunden mit einer Bündelung von Professionen,
- eine Betreuung von Kindern unter einem Dach (anstatt des bisherigen Flickenteppichs) und
- den, wenn auch geringfügigen, Ausbau von Lehrerstunden (3 Stunden pro 25 Kindern).

3. Die Verwaltung empfiehlt daher, ein städtisches Gesamtkonzept vorzubereiten, dass ab dem Schuljahr 2004/2005 zu einer Neugestaltung der Betreuungslandschaft im Grundschulbereich führt. Um in die konzeptionellen Vorbereitungen bereits praktische Erfahrungen einfließen zu lassen (Parallelität von Planen und Handeln) wird die Verwaltung beauftragt, mit der Gemeinschaftsgrundschule Sankt Augustin-Ort, die grundsätzliches Interesse erklärt hat, bereits für das Schuljahr 2003/2004 die offene Ganztagschule einzuführen, sofern hierdurch keine Horte bzw. Schulkinderhäuser aufgelöst werden müssen, keine Mehrkosten im Budget des Fachbereiches 5 entstehen, das Konzept als Gemeinschaftskonzept zwischen Schule und Schulträger in Kooperation mit freien Trägern und anderen Beteiligten möglich wird.

Die Verwaltung beabsichtigt mit der Schule, der Arbeiterwohlfahrt (als stadtweiten aktivem freien Träger), dem staatlichen Schulamt und ggf. weiteren Beteiligten einen Planungsworkshop durchzuführen, der die genauen Modalitäten für eine Ganztagsgrundschule nach Modell des Landes klärt.

Die Verwaltung wird in der Sitzung mündlich ergänzend berichten.

In Vertretung

Konrad Seigfried
Beigeordneter

Die Maßnahme

- hat finanzielle Auswirkungen
 hat keine finanziellen Auswirkungen

Die Gesamtkosten belaufen sich auf Euro.

Sie stehen im Verw. Haushalt Vermög. Haushalt unter der Haushaltsstelle zur Verfügung.

Der Haushaltsansatz reicht nicht aus. Die Bewilligung über- oder außerplanmäßiger Ausgaben ist erforderlich.

Für die Finanzierung wurden bereits veranschlagt Euro, insgesamt sind Euro bereitzustellen. Davon im laufenden Haushaltsjahr Euro.